

Inhalt

1-4	Im Blickpunkt <ul style="list-style-type: none"> • Integrationskonferenz des Deutschen Städtetages in Stuttgart • Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen • EU-Strukturförderung für deutsche Städte und Regionen erhalten
6-9	Forum <ul style="list-style-type: none"> • Einkaufen, flanieren, wohlfühlen in der Innenstadt – Interview mit Städtetagspräsident Markus Lewe • Die Stadt von morgen – Stadt 4.0 InnovationCity macht es vor
10-11	Aus den Städten
12	Fachinformationen
14	Personalien
16	Termine

Deutscher Städtetag fordert gleichwertige Lebensverhältnisse

Die Bundeskanzlerin ist gewählt, die Regierung steht, jetzt kann regiert werden. Als eines der drängendsten Probleme hat die neue Große Koalition die unterschiedlichen Lebensverhältnisse im Land ausgemacht. Der Deutsche Städtetag hat die neue Bundesregierung zu ihrem Start am 14. März aufgefordert, das in ganz Deutschland vorrangig zu behandeln. Im Gespräch mit der Neuen Osnabrücker Zeitung machte Städtetagspräsident Markus Lewe einen Vorschlag, wie Fördergelder künftig gerechter verteilt werden könnten. Er schlug dazu ein regionales Fördersystem vor, „das besonders strukturschwachen Städten und Regionen hilft statt nach Himmelsrichtung Geld verteilt“. Die Regierung müsse die im Koalitionsvertrag vereinbarte Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ umgehend einsetzen und die Kommunen daran beteiligen.

„Wir wollen im ganzen Land gleiche Lebenschancen für die Bürgerinnen und Bürger sowie Teilhabe und gute Entwicklungschancen für die Kinder sichern“, sagte Lewe, der Oberbürgermeister von Münster ist. Er mahnte zudem Lösungen für das Altschuldenproblem vieler Städte an. „Und schließlich erwarten wir Vorschläge, wie Städte durch den Bund gezielt von stetig steigenden kommunalen Sozialausgaben entlastet werden können. Unser Vorschlag liegt auf dem Tisch: Der Bund soll die Kosten der Unterkunft in der Grundsicherung vollständig übernehmen.“ Das würde besonders den strukturschwachen Städten helfen.

Auch den geplanten Rechtsanspruch von Schulkindern auf eine Ganztagsbetreuung hält der Städtetagspräsident für wichtig, kritisiert aber gleichzeitig die Absicht der Koalition, dies im Jugendhilferecht statt im Schulrecht zu regeln. „Schließlich geht es hier um Schulkinder und eine Bildungsaufgabe.“ Dafür seien ganz klar die Schulen zuständig und damit die Bundesländer. „Sinnvoll ist, dass der Bund den Ausbau der Ganztagschulen fördern will und Geld dafür einplant. Was dann noch fehlt, um den Rechtsanspruch zu erfüllen, müssten die Länder tragen“, so Lewe.

Das Gespräch mit Städtetagspräsident Markus Lewe führte Jörg Gierse, Neue Osnabrücker Zeitung.

Konferenz des Deutschen Städtetages in Stuttgart: Passgenaue Integrationsangebote entwickeln – soziales Zusammenleben fördern

Nach der Unterbringung und Versorgung von Flüchtlingen beschäftigen sich die Städte in Deutschland inzwischen vor allem mit der Frage, wie gelingt die langfristige Integration und was fördert das soziale Zusammenleben der Menschen. Mit welchen konkreten Integrationsangeboten machen die Kommunen gute Erfahrungen? Welche Konzepte sind erfolgreich für den Spracherwerb und die Qualifikation von Geflüchteten? Und was müssen Bund und Länder zur Integration weiter beitragen? Fragen wie diese standen am 21. März im Mittelpunkt einer gemeinsamen Konferenz des Deutschen Städtetages und der Stadt Stuttgart unter dem Titel „Integration von Flüchtlingen – wo stehen wir heute? Die Konferenzreihe „Städte I(i)eben Vielfalt“ wird von der Robert Bosch Stiftung gefördert.

Die Städte stellen sich der Integrationsaufgabe seit Jahren und unternehmen sehr viel, um das Zusammenleben der Menschen zu fördern. Die stellvertretende Präsidentin des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeisterin Barbara Bosch aus Reutlingen, sagte: „Damit Integration gelingt, ist entscheidend, dass die Kommunen von Bund und Ländern gut unterstützt werden und dass sie ihre Anstrengungen vor allem auf die konzentrieren können, die bleiben. Deshalb wollen die Städte, dass die bei uns schutzsuchenden Menschen erst auf die Kommunen verteilt werden, wenn ihr Aufenthaltsstatus geklärt ist. Um die Städte mit den Integrationsaufgaben nicht zu überfordern, ist außerdem wichtig, dass es seitens der Länder einen finanziellen Ausgleich für die Menschen gibt, die als so genannte Geduldete bei uns in den Städten leben. Außerdem bleiben Bund und Länder natürlich auch gefordert, Rückführungen der Menschen durchzusetzen, die nicht bei uns bleiben können.“

Während der Konferenz in Stuttgart werden konkrete Konzepte aus den Städten vorgestellt. Unter anderem geht es darum, wie Flüchtlinge und Asylbewerber mit Bleibeperspektive mittels geeigneter Integrationsmaßnahmen die Sprache erlernen und beruflich qualifiziert werden können. Ein weiteres Thema ist die Arbeitsmarktintegration der geflüchteten Menschen.

Der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, Helmut Dedy, betonte: „Die sprachlichen und kulturellen Barrieren sind teilweise schwer zu überwinden und eine rasche Arbeitsmarktintegration ist bei Menschen

mit sehr geringen Qualifikationen nicht leicht. Deshalb entwickeln die Städte passende Integrationsangebote und deshalb brauchen wir vor Ort die dafür nötigen Mittel. Gleichzeitig müssen wir Sorgen in der Gesellschaft ernst nehmen und Konkurrenzsituationen zwischen Einheimischen und zugewanderten Menschen vermeiden.“

Die rund 200 Teilnehmenden der Integrationskonferenz aus dem gesamten Bundesgebiet kommen unter anderem aus der kommunalen Verwaltung, der Wissenschaft und aus gesellschaftlichen Organisationen. Die Konferenz soll ihnen wertvolle Anregungen für die praktische Arbeit vor Ort bieten. Bereits heute gibt es in vielen Städten viele Beispiele dafür, wie gut das Zusammenleben schon funktioniert, betonte der Gastgeber der Konferenz, Stuttgarts Oberbürgermeister Fritz Kuhn: „Vielfalt ist etwas Starkes. Gesellschaften, die Vielfalt zelebrieren, die offen sind, die Neues zulassen, die Neuem mit Neugierde begegnen, sind seit jeher wirtschaftlich erfolgreicher, kulturell reicher, einfach kreativer als Gesellschaften, die sich abschotten. Integration bedeutet Erneuerung – das bezieht Ankommende wie ‚Einheimische‘ mit ein. Integration ist auch anstrengend, so gehört das Abbauen von Ängsten zu den Mühen des Alltags. Wenn all das gelingt, kann Vielfalt gelebt, ja geliebt werden.“

Uta-Micaela Dürig, stellvertretende Vorsitzende der Geschäftsführung der Robert Bosch Stiftung, sagte: „Kommunen und insbesondere große Städte sind Vordenker und auch Vorbilder beim Thema Integration. Sie haben erkannt, dass es eine klare, vorausschauende Strategie braucht, damit wir unterschiedliche Kulturen und Religionen nicht nur annehmen, sondern auch als Chance nutzen können. Wir wissen aber auch, unter welchen teils schwierigen Bedingungen Kommunen agieren. Hier braucht es das Zusammenspiel von Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Denn in den Kindertagesstätten und Schulen, in der Berufsausbildung und im Studium, am Arbeitsplatz und in der Freizeit, im Stadtteil, in Vereinen und bei Kulturveranstaltungen entscheidet sich, ob Einwanderung Erfolg hat.“

Dokumentationen der Konferenzreihe finden Sie in der Rubrik Publikationen, Materialien unter www.staedtetag.de.

Mehr bezahlbaren Wohnraum schaffen – wachsende Städte und schrumpfende Städte gezielter fördern

Die ostdeutschen Städte fordern Bund und Länder auf, sich bei der Wohnungsbauförderung deutlich stärker zu engagieren. Außerdem gelte es, geeignetere Förderinstrumente zu schaffen. Das machten die Städte bei einer Konferenz des Deutschen Städtetages mit den ostdeutschen Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern am 16. März in Greifswald deutlich. Sie wiesen darauf hin, dass vielerorts in Ostdeutschland der Bedarf an preisgünstigem und bezahlbarem Wohnraum inzwischen ebenfalls hoch ist. Gleichzeitig müssten schrumpfende ostdeutsche Kommunen die Wohnraumförderung stärker für Modernisierungen und Ersatzneubauten nutzen können, damit die Städte attraktiv bleiben und nicht noch mehr Menschen wegziehen, betonte Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages: „In Metropolen wie Dresden, Leipzig oder Berlin steigt die Anzahl der Haushalte, die Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein haben. Doch längst nicht mehr nur dort fehlen bezahlbare Wohnungen. Deshalb sind Bund und Länder gefordert, die Wohnungs- und Bodenpolitik antizyklisch, langfristiger und ressortübergreifender anzulegen. Bund und Länder müssen weg vom Gießkannenprinzip. Fördermittel sind zielgenau und effektiv für mehr nachhaltiges und für mehr bezahlbares Wohnen einzusetzen. Ein guter erster Schritt dahin ist die im Koalitionspapier angekündigte Absicht des Bundes, die soziale Wohnraumförderung auch über 2019 hinaus ausdehnen zu wollen – zumindest bis zum Jahr 2021.“

Einer aktuellen Prognos-Studie zufolge, gewinnt auch an B- und C-Standorten die Frage der Bezahlbarkeit von Wohnraum zunehmend an Bedeutung. Auch dort fällt es der „klassischen Mittelschicht“ immer schwerer, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Die Hans-Böckler-Stiftung kommt in einer Studie zu dem Schluss, dass rund 40 Prozent der Haushalte in Deutschlands Großstädten mehr als 30 Prozent ihres Nettoeinkommens ausgeben müssen, um ihre Miete (bruttokalt)

zu bezahlen. Hohe Belastungsquoten sind also längst nicht mehr auf bestimmte Regionen oder Städte begrenzt.

Aber auch schrumpfende oder sich konsolidierende Städte stehen bei ihrer Wohnraum- und Baulandpolitik vor großen Herausforderungen. Dort muss der Wohnungsbestand dem demografischen Wandel angepasst werden und es sind höhere Anforderungen und Vorgaben etwa zur Energieeffizienz zu erfüllen. Eine gezielte Wohnraumförderung ist daher nicht nur für wachsende Städte und Regionen ein Thema. Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden, Dirk Hilbert, sieht dabei neben dem Bund auch die ostdeutschen Länder stärker gefordert: „Auch in vielen ostdeutschen Städten brauchen die Menschen vor allem mehr bezahlbare Wohnungen und sie brauchen Wohnungen in den heute üblichen Qualitäten. Daran hängt nicht zuletzt der Zusammenhalt von Stadtgesellschaften und Regionen. Wichtig ist, dass alle ostdeutschen Bundesländer die vom Bund in den vergangenen Jahren deutlich aufgestockten Kompensationsmittel vollständig für die soziale Wohnraumförderung einsetzen. Hier gibt es Nachholbedarf. Bei den Ländern braucht es ein noch schärferes Bewusstsein.“

Die Stadtspitzen der ostdeutschen Städte weisen darauf hin, dass sich trotz starken Rückbaus von leerstehenden Wohnungen während der 1990er und 2000er-Jahre vielerorts die Leerstandsfrage ebenfalls noch nicht erledigt hat.

Der Umgang mit Brachen, leeren Bauflächen sowie Entscheidungen über das Schrumpfen von außen nach innen ist und bleibt zentrales Thema auf der Agenda vieler ostdeutscher Städte. Dies gilt auch für die Frage, wie schrumpfende Städte und ihre Wohnungsbau-gesellschaften und Genossenschaften mit dem Wertverlust von Boden und Gebäuden umgehen können.

Folgen Sie dem Deutschen Städtetag auf Twitter
unter  [@staedtetag](https://twitter.com/staedtetag).

Strukturförderung der EU für deutsche Städte und Regionen erhalten – Kürzungen notfalls mit Bundesmitteln ausgleichen

Die ostdeutschen Städte fordern von der EU-Kommission, die europäische Regionalförderungs- und Kohäsionspolitik über das Jahr 2020 hinaus beizubehalten und so zu gestalten, dass ostdeutsche Städte weiterhin Fördermittel erhalten können. Zum einen ist eine Förderung vielerorts weiter nötig, zum anderen dürfen die erreichten Erfolge in der neuen Förderperiode nicht durch stark rückläufige oder gar entfallende Fördermittel gefährdet werden. Hintergrund der Forderung ist die aktuelle Ungewissheit über den EU-Haushalt aufgrund der Brexit-Verhandlungen und die Gefahr, dass für die EU-Strukturfördermittel ein deutlich geringeres Budget vorgesehen werden könnte.

Nach einer Konferenz des Deutschen Städtetages am 16. März mit den ostdeutschen Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern sagte Helmut Dedy, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetages, in Greifswald: „Deutliche Kürzungen bei den EU-Strukturfonds oder gar ein kompletter Wegfall dieser Förderung wären fatal. Die EU-Strukturfonds stärken sowohl in vielen Städten Ostdeutschlands als auch in anderen Regionen Deutschlands ganz entscheidend den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und sorgen für sichtbar verbesserte Lebensverhältnisse. Maßgeblich sind insbesondere der Europäische Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und der Europäische Sozialfonds (ESF). Deshalb appellieren die Städte an die EU, diese Förderprogramme auch für die Städte in Deutschland zu erhalten. Falls deutschen Städten dennoch künftig weniger Mittel aus den EU-Strukturfonds zugesprochen werden sollten, sehen wir allerdings die Bundesregierung gefordert, diese fehlenden Investitionsmöglichkeiten auszugleichen.“

Bei der EU-Kommission gibt es aktuell drei Szenarien zum künftigen „Mehrjährigen Finanzrahmen der EU“ für die Kohäsionspolitik. Nur wenn es bei der Förderung aller Regionen bleibt, würden deutsche Städte auch nach 2020 noch Strukturfondsmittel erhalten können. Bei zwei weiteren Szenarien würden die heutigen deutschen Übergangsregionen, also auch die Ost-Bundesländer, nicht mehr gefördert und damit auch viele Städte und Regionen in Ostdeutschland diese EU-Mittel nicht mehr erhalten können.

Berichte zur bisherigen EU-Kohäsionspolitik zeigen, dass die EU-Strukturförderung vielerorts wesentlich dazu beigetragen hat, Arbeitsplätze zu schaffen, soziale und städtebauliche Missstände zu beseitigen und Wachstum zu generieren. Sie belegen aber auch, dass es nach wie vor erhebliche Ungleichheiten und Rückstände in der wirtschaftlichen und sozialgerechten Entwicklung gibt.

Der Oberbürgermeister der gastgebenden Stadt Greifswald, Dr. Stefan Fassbinder, sagte dazu: „Gerade in Ostdeutschland benötigten viele Städte und Regionen auch in Zukunft die EU-Strukturförderung. Dort sind immer noch, wie in strukturschwachen Städten in ganz Deutschland, überproportional soziale Ungleichheiten und hohe Langzeitarbeitslosigkeit festzustellen. Sie sind deshalb auch in Zukunft auf EU-Förderprogramme und die sich daraus ergebenden Impulse angewiesen, um diese und neue Herausforderungen besser zu bewältigen und wettbewerbsfähiger zu werden. Insbesondere beim Klimaschutz, der Klimafolgenanpassung, der integrierten Stadtentwicklung, der nachhaltigen Mobilität und der Digitalisierung sind die Städte auf die Unterstützung der EU angewiesen.“

Die ostdeutschen Städte sprechen sich dafür aus, dass die EU die künftigen Förderkriterien und thematische Schwerpunkte stärker an diesen Herausforderungen in den Städten ausrichtet und flexibler ausgestaltet. Gleichzeitig sollte es im Laufe der Förderperiode möglich sein, die Schwerpunkte an neu entstehende Herausforderungen anzupassen, um auf unvorhergesehene Ereignisse reagieren zu können, wie zum Beispiel die Integration der Flüchtlinge.

Die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESIF) sind besonders bedeutend für die Bundesländer im Osten Deutschlands. Hier befindet sich der Großteil der als „Übergangsregionen“ eingestufteten Förderregionen Deutschlands. Insgesamt erhält Deutschland aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds in der laufenden Förderperiode 2014–2020 19,2 Milliarden Euro. Davon geht rund die Hälfte (9,772 Milliarden Euro) in Übergangsregionen.

IN 3 KLICKS ZU MEHR STADTGRÜN!

Förderung einfach gemacht:
www.gruen-in-die-stadt.de



**EINE SEITE –
ALLE FÖRDERPROGRAMME!***



Ihre Experten für
Garten & Landschaft

* Die Webseite enthält die wesentlichen Programme der Städtebauförderung in Deutschland. Sie erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Einkaufen, flanieren, wohlfühlen in der Innenstadt – integrierte Stadtentwicklung stärkt auch den örtlichen Einzelhandel

Der gesellschaftliche, soziale und demografische Wandel sowie der technologische Fortschritt verändern die Bedürfnisse, die Nachfrage und das Verhalten der Menschen – dies bleibt nicht ohne Auswirkungen auf Städte und den Handel. Städtetag aktuell im Interview mit Städtetagspräsident und Oberbürgermeister Markus Lewe aus Münster:

Städtetag aktuell: Was können die Städte tun, um den örtlichen Einzelhandel zu unterstützen?

Lewe: Einkaufen, Wohnen, Arbeiten und Kultur verbinden und Kommunikation und Begegnung im öffentlichen Raum ermöglichen – das zeichnet ein lebendiges Stadtleben aus. Während aber der Handel in den strukturstarken Städten mit erheblichen Mietsteigerungen kämpft, gibt es in strukturschwachen Städten und Stadtquartieren Probleme durch immer mehr Leerstand. Schließen große Magnetbetriebe, wie Kaufhäuser, verliert oft ein ganzes Viertel an Anziehungskraft. Die Städte wollen sicherstellen, dass die Bürgerinnen und Bürger kurze Wege für ihre täglichen Einkäufe haben und die Versorgung gesichert ist. Der reine Konsum ist nicht mehr alleine Auslöser für einen Besuch in der Innenstadt, vielmehr werden damit weitere Aktivitäten wie Freizeitgestaltung, Unterhaltung, sozialer Austausch und Kultur als Gesamterlebnis verbunden. Daher streben die Städte einen Interessenausgleich zwischen den verschiedenen Akteuren an: Wohnen, Kultur, Erlebnis, Freizeit, Verkehr, Gewerbe und Handel, alles soll möglich sein. Gerade im Hinblick auf die strukturellen Veränderungen durch den wachsenden Online-Handel und der Bedeutung des Handels für die Innenstädte und Stadtteilzentren engagieren sich die Städte, um diese in ihrer Qualität aufzuwerten und den lokalen Handel zu fördern.

Städtetag aktuell: Welche konkreten Maßnahmen ergreifen die Städte um die städtebauliche Qualität der öffentlichen Räume in der Innenstadt zu verbessern?

Lewe: Die Städte unterstützen Maßnahmen zum Stadtmarketing. Sie erstellen Einzelhandels- und Zentrumskonzepte, um die Attraktivität zu steigern. Außerdem gibt es beispielsweise auch städtische Portale für Händlerinitiativen oder Online-Stadtpläne mit Infor-

mationen über den lokalen Einzelhandel. Münster hat zum Beispiel einen Gestaltungskatalog für die Außen-gastronomie, damit die Außenwirkung stimmig ist und den Menschen das Flanieren in der Innenstadt gefällt. Zudem setzen etwa 75 Prozent aller Städte Fördermittel in den Innenstädten ein, um sowohl die baulichen Qualitäten zu verbessern als auch die Identifikation der Bürger mit ihrer Innenstadt zu unterstützen. Das macht sich fest an der Aufwertung öffentlicher Räume durch Grün, Bodenbeläge, Stadtmobiliar und das Einfügen neuer Gebäude, die auch immer einen Beitrag zur Qualitätssteigerung liefern müssen.

Städtetag aktuell: Wie erreichen die Städte die unterschiedlichen Akteure für die Innenstädte?

Lewe: Viele Städte fördern die Vernetzung der Händler untereinander, um so den Handel zu unterstützen. Die Stadt Köln hat beispielsweise ein eigenes Förderbudget aufgelegt, um private Initiativen in Geschäftszentren zu stärken und zu aktivieren. Hervorzuheben sind auch die zahlreichen Aktivitäten der Städte, die die digitale Präsenz des lokalen Handels unterstützen. Beispielsweise haben die Städte Wuppertal, Augsburg und Güstrow eine digitale Dachmarke für den jeweiligen Standort entworfen.

Städtetag aktuell: Sie sprechen das Thema Digitalisierung an. Wo sehen Sie den Handlungsbedarf?

Lewe: Die fortschreitende Digitalisierung betrifft alle Lebensbereiche. Hierzu zählt der Ausbau der digitalen Netze beispielsweise durch frei zugängliche und kostenlose Funknetze. Zudem ist es ratsam, Stadtportale in eine gesamtstädtische Digitalisierungsstrategie einzubetten. Die Städte – aber auch Bund und Länder – sind gefragt, eine nachhaltige Infrastrukturausstattung zu schaffen. Wir brauchen attraktive öffentliche Plätze mit hoher Aufenthaltsqualität, wo sich die Menschen treffen können und Begegnung möglich wird. Und es geht um eine gute verkehrliche Anbindung.

Aber auch der Handel selbst ist angehalten durch den Ausbau von Multi-Channel-Strategien zu reagieren sowie neue Handelsformate und -konzepte zu erarbeiten. Stationäre und digitale Angebote müssen über



Markus Lewe, Oberbürgermeister der Stadt Münster und Präsident des Deutschen Städtetages, vor herausragenden Investitionsprojekten in der Innenstadt von Münster.

Foto: Britta Roski, Presseamt Münster

ähnliche Produktions-, Waren- und Logistikprozessketten sowie Lieferservices immer weiter miteinander verbunden werden. Entscheidend ist, dass diese sich in den städtischen Kontext einfügen. Erfolgreich werden vor allem gemischt genutzte und baulich offene Strukturen sein. Diese sollten eine flexible Nutzung zulassen, um auf künftige Anforderungen reagieren zu können. Denn derzeit lässt sich kaum seriös vorhersagen, wie das Handelskonzept der Zukunft aussehen wird.

Städtetag aktuell: Wie geht die Stadt Münster die Herausforderungen an?

Lewe: Die Stadt Münster praktiziert auf der Grundlage des städtischen Einzelhandels- und Zentrenkonzepts seit vielen Jahren die Strategie einer zentrenorientierten Einzelhandelssteuerung, um die Innenstadt und die Stadtteilzentren zu schützen und zu stärken. Die mit dem Stadtratsbeschluss über dieses Konzept verbürgte Planungs- und Investitionssicherheit für die Akteure des Einzelhandels und der Immobilienwirtschaft führte in der Innenstadt von Münster zu mehreren herausragenden Investitionsprojekten. Initialwirkung für die auch weiterhin prosperierende Innenstadtentwicklung hatten die in den Kernbereich der City integrierten Projekte Münster-Arkaden, Hanse Carré und Stubengasse. Allein mit diesen drei gemischt genutzten Projekten wurden über 30.000 qm neue Verkaufsfläche in der Innenstadt generiert. Zudem wurden Dienstleistungsflächen, ein Hotel, attraktive Gastronomiekonzepte und Wohnungen verwirklicht.

Als strategisch wichtige Entwicklung möchte ich die Bebauung der Stubengasse hervorheben, die zusammen mit dem benachbarten Projekt Hanse Carré den deutschen Städtebaupreis im Jahr 2010 gewann. Gemeinsam mit dem dritten Baustein der Stubengassenentwicklung, dem Umbau des unmittelbar angrenzenden ehemaligen Parkhauses Horten in ein attraktives Möbelgeschäft mit Wohnungen und einem Fahrradparkhaus, konnte die letzte innerstädtische Kriegsbrache Münsters in ein attraktives und lebendiges Innenstadtviertel verwandelt werden. Die dadurch entstandene Umlenkung von Fußwegen ermöglicht die Neuentdeckung und Wahrnehmung von Freiräumen in der Innenstadt. So wurden Rückseiten zu Vorderseiten, ergaben sich neue Qualitäten und Chancen für den Stadtraum, für die Bewohner und Besucher, für Immobilien und deren Eigentümer. Insgesamt ein Beispiel für gelungene Transformation innerstädtischer Strukturen.

Um auch unter den Herausforderungen der Digitalisierung handlungsfähig zu bleiben, arbeitet die Stadt Münster gemeinsam mit den Innenstadtakteuren und weiteren Partnern an einer Strategie für den Innenstadthandel der Zukunft. Diese wird alle relevanten Themen von der Onlinepräsenz über Lieferangebote („same day delivery“) und andere Aspekte von Servicequalität und „smarten“ Angeboten beinhalten.

Die Gestaltung des digitalen Wandels mit seinen vielfältigen Auswirkungen, insbesondere auch auf den stationären Einzelhandel und die Innenstädte, ist eine Daueraufgabe für die Stadtentwicklung.

In Münster setzen wir dabei vor allem auf zwei Dinge: Zum einen auf den Dialog mit allen Innenstadtakteuren – mit Handel, Immobilieneigentümern und Gastronomen – mit denen wir seit Jahren auf Augenhöhe eine Art Innenstadtmanagement installiert haben, das von einem professionellen Stadtmarketing moderiert und begleitet wird; zum anderen auf gute „offline Strategien“, die die Innenstadt zum emotionalen Kern der Stadt machen. Dazu gehören immer wieder überraschende Anlässe für die Menschen, sich in der Stadt zu treffen, einladende öffentliche Plätze auch für Menschen, die nicht konsumieren wollen, dazu gehören auch Inszenierungen, die die Stadt besonders machen wie die Lichtgestaltung in den Abendstunden – und natürlich: höchste Qualität in Baukultur und Stadtgestaltung.

Die Stadt von morgen – Stadt 4.0 InnovationCity macht es vor

Smart, digital, klimagerecht – so wird die Zukunft unserer Städte aussehen! Was 2010 mit einer Vision begann, hat sich mittlerweile in eine Blaupause für die gesamte Metropole Ruhr und darüber hinaus entwickelt. Im Rahmen des Pilotprojektes InnovationCity Ruhr | Modellstadt Bottrop werden Konzepte und Maßnahmen umgesetzt, mit denen eine Industriestadt innerhalb von zehn Jahren ihren CO₂-Ausstoß halbieren kann. Dafür entwickeln Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft und Politik innovative Ideen und Lösungen, die zugleich die Lebensqualität heben und vor Ort Arbeitsplätze sichern. Mit Erfolg: In Bottrop wurde der CO₂-Ausstoß bereits um 37,4 Prozent reduziert (Stand Dezember 2015), rund 300 Millionen Euro Investitionen angeschoben und gezeigt, dass es durchaus möglich ist, dem Klimawandel entgegen zu arbeiten.

Eine Blaupause für den klimagerechten Stadtumbau

Grund genug, die Erkenntnisse des Erfolgskonzeptes auf weitere Städte in der Metropole Ruhr zu übertragen – das Projekt „InnovationCity roll out“ wurde ins Leben gerufen. Gemeinsam mit Partnern und unterstützt durch Dienstleister erstellt die Innovation City Manage-

ment GmbH seit Projektstart im Mai 2016 Integrierte Energetische Quartierskonzepte für 20 weitere Stadtquartiere in 17 Städte der Metropole Ruhr. Mit den Analysen der einzelnen Quartiere sowie der Energieinfrastruktur leiten die Experten Maßnahmen ab, die zur langfristigen Senkung der CO₂-Emissionen beitragen. Damit können bei einer Umsetzung die individuellen Energiekosten für Immobilieneigentümer, Mieter und Unternehmen reduziert werden. Die ICM-Quartierskonzepte zeigen den Städten auf, welche energetischen und finanziellen Sparpotenziale ihre Quartiere bergen. Für die Gebäude der ausgesuchten Stadtteile werden georeferenzierte Informationen zu Baualtersklasse, Gebäudetyp und Geschossigkeit erhoben.

Ermöglicht wird das Projekt durch die Förderung des NRW-Ministeriums für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie aus Mitteln des Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE).

Konzepte zum Umsetzen

„Unser Anliegen ist ganz klar: Wir wollen keine Konzepte für die Schublade produzieren, sondern diese in die Umsetzung bringen – und letztlich die klimagerechte



Solarsiedlung Südring

Foto: Innovation City Management GmbH



Vivawest Zukunftshaus

Foto: Innovation City Management GmbH

Stadtentwicklung weiter vorantreiben“, betont Burkhard Drescher, Geschäftsführer der Innovation City Management GmbH. Daran arbeitet das Unternehmen gemeinsam mit den Städten und Anspruchsgruppen vor Ort. So ist die Umsetzung der entwickelten Konzepte über ein Förderprogramm der KfW Bank bezuschusst. „Städte, die ein Sanierungsmanagement über das KfW Programm Nr. 432 einsetzen, können sich dieses mit 65 Prozent fördern lassen“, erklärt Dr. Heike Dierkes von der ICM. Sie und ihr Team beraten die Städte bereits während der Konzepterstellung individuell zu möglichen Fördermöglichkeiten, unterstützen bei Anträgen und stehen jederzeit als Ansprechpartner zur Verfügung. „Wir arbeiten ganzheitlich – und das nicht nur in unseren Konzepten. Städte, die uns mit der Konzepterstellung beauftragen, betreuen wir über den gesamten Prozess und darüber hinaus. Das heißt, wir übernehmen auf Wunsch auch in der Umsetzungsphase das Projektmanagement und das Marketing. So erhalten die Kommunen alles aus einer Hand“, fasst Burkhard Drescher zusammen.

Dass die Konzepte der Innovation City Management GmbH erfolgreich sind, zeigt beispielsweise die Stadt Gladbeck. Hier wird seit Ende 2017 das für das Quartier Rentfort-Nord erstellte Konzept umgesetzt. „Gladbeck hat es vorgemacht und die nächsten Städte folgen. Wir sind da in intensiven Gesprächen, beispielsweise mit der Stadt Herne, aber auch mit Wesel und Lünen – wo sehr großes Interesse an einer Umsetzung besteht“, erklärt Drescher. „Unser Ziel ist es natürlich, dass alle 17 Kommunen mit ihren

Quartieren die Konzepte realisieren und sich damit deutlich zu smarten Stadtquartieren und dem Klimaschutz bekennen.“ So wie im InnovationCity roll out entwickelt die ICM als Experte für den smarten Stadtumbau ihre Konzepte auch für Kommunen in anderen Bundesländern. Beispielsweise setzen die Städte Eutin und Oldenburg die von der ICM erstellten Konzepte um.

Ausweitung auf weitere Kommunen geplant

Burkhard Drescher und sein Team arbeiten daran, die Ideen und Erfahrungen aus mittlerweile acht Jahren erfolgreicher Arbeit auch über das Ruhrgebiet hinaus zu tragen. „Wir haben viele Kommunen, die auf uns zukommen, um entsprechende Konzepte zu entwickeln. Darüber hinaus gehen wir direkt auf Städte zu, um sie von unserer Idee zu überzeugen“, erklärt der Geschäftsführer. So lägen in den Umweltämtern der Städte Klimaschutzpläne, gespickt mit guten Konzepten und vielen guten Ideen. Doch diese Pläne wären eben meistens allein kommunal getrieben. Drescher: „Die Kommunalverwaltungen allein entwickeln aber nicht die Schubkraft, um Tausende Menschen zu motivieren und Investoren zu aktivieren. Unser Prinzip ist: Wir bringen alle an einen Tisch – Wohnungswirtschaft, Industrie, Gewerbebetriebe, Handwerker, Bürger, Politiker und Verwaltung.“ Die Innovation City Management GmbH (ICM), gegründet 2010 mit Sitz in Bottrop, ist eine Projektmanagement-Gesellschaft, die Kommunen, Wohnungswirtschaft, Energieversorger und Bürger beim Thema klimagerechter Stadtumbau berät. Die ICM fungiert als Impulsgeber in Rathäusern und Regionalverbänden, entwickelt und realisiert in deren Auftrag ganzheitliche Lösungen zur nachhaltigen Erneuerung von Stadtquartieren.

Die Marke „InnovationCity“ steht für Klimaschutz, Steigerung der Lebensqualität und zukunftsgerichtete Stadtentwicklung. Das 35-köpfige ICM-Team unter Leitung des ehemaligen Oberbürgermeisters von Oberhausen, Burkhard Drescher, steht für Professionalität für die Handlungsfelder Wohnen, Arbeiten, Energie, Mobilität, Stadt und Aktivierung. Dieser ganzheitliche Ansatz bezieht auch die Gestaltung des öffentlichen Raums, die Konversion von Industriebrachen, das Thema Digitalisierung, Mobilität und Verkehr mit ein.

Weitere Informationen zu Stadt 4.0 InnovationCity unter www.icm.de, www.icruhr.de, www.icrollout.de.

Augsburg: Pfandsystem für Coffee-to-go gestartet

Rund 27.000 Einweg-Kaffeebecher landen in Augsburg im Müll – und das jeden Tag. Wer seinen Kaffee genießen möchte, ohne unnötigen Abfall zu produzieren, kann jetzt zum Mehrwegbecher greifen. Schon zum Start machten 15 Partner mit mehr als 50 Café- und Bäckerei-Filialen mit. Für 1 Euro Pfand gibt es den Kaffee zum Mitnehmen im mintfarbigen oder braunen RECUP-Becher mit Augsburg-Motiv. Egal, wo man den Kaffee gekauft hat – den Becher kann man bei allen Partnern zurückgeben. Oder gleich einen neuen Becher befüllen lassen. Die gebrauchten Becher werden in den Filialen gereinigt. Zum Auftakt hat die Stadt Augsburg 200 RECUP-Becher mit je einem Kaffee-Gutschein auf dem Stadtmarkt an Passanten verschenkt. Das Interesse war groß, die Becher waren bald vergriffen. Die Becher gibt es in den Größen 0,3 Liter (braun) und 0,4 Liter (mint).

Die Becher bestehen aus weichmacherfreiem Polypropylen (PP), wurden in Deutschland hergestellt und sind bis zu 500 Mal wiederverwendbar. Insgesamt sind zum Start 10.000 RECUP-Becher im Umlauf. Weitere Informationen unter www.augsburg.de.

Bautzen: Städtisches Webportal barrierearm und neu gestaltet

Seit März 2018 ist die neue Webseite der Webseite der Stadt Bautzen online. Auffallend ist zunächst die überarbeitete Optik. Große Bilder, eine klare Gliederung und dynamische Inhalte bieten eine zeitgemäße Benutzerführung auf allen gängigen Endgeräten. An die Formate auf Tablets und Smartphones passt sich das System automatisch an. Aber auch inhaltlich und strukturell ist die Seite angepasst worden. Das Hauptmenü wartet jetzt mit vier statt bisher fünf Themenreitern auf. Teile des Online-Angebotes können zudem in Englisch, Polnisch, Tschechisch und Sorbisch gelesen werden. Die neue Seite ist barrierearm gestaltet. Beispielsweise können sich sehgeschwache Nutzer Fotoinhalte erläutern lassen, entsprechende Texte sind hinter beinahe jedem der etwa 1.800 Bilder hinterlegt. Einen weiteren Service bietet der so genannte „Anliegenfinder“. Dort sind alle Serviceleistungen der Verwaltung hinterlegt, selbst wer den genauen Fachbegriff für sein Anliegen nicht kennt, bekommt entsprechende Angebote und schließlich Ansprechpartner in der Stadtverwaltung oder der entsprechend zuständigen Behörde genannt. Weitere Informationen unter www.bautzen.de.

Krefeld: Initiative wirbt um Fachkräfte

„Krefeld kann was!“ ist der Name einer neuen Fachkräfte-Initiative der Wirtschaftsförderung und der Stadt Krefeld zusammen mit 20 dort ansässigen Unternehmen unterschiedlicher Größe und Branchen. Ziel ist, noch mehr qualifizierte Fachkräfte in ihrer Entscheidung für einen Krefelder Arbeitgeber zu bestärken.

Digitales Herzstück ist eine Online-Plattform: Der Webauftritt von „Krefeld kann was!“ bietet sowohl Bewerberinnen und Bewerbern als auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie Krefeld-Kennern neue Perspektiven. In der Rubrik „Krefeld kennenlernen“ gibt es z. B. Informationen über Wohnen, Leben, Arbeiten und Entfallen in der Stadt. Der „Local Guide“ gibt Tipps für die Freizeitgestaltung in der Region – filterbar nach eigenen Interessen – und in den „Kollegen Stories“ berichten Mitarbeitende der Partner-Unternehmen über ihre Arbeit und ihre Beziehung zu Krefeld. Um die Attraktivität des Krefelder Arbeitsmarktes mit mehr als 5000 potenziellen Arbeitgebern weiter hervorzuheben, hat die Initiative auch einen „Krefeld kann was!-Wegweiser“ entwickelt. Drei Meter hoch, mit über 20 Schildern versehen, führt er plakativ vor Augen, wie vielseitig und nah die Arbeitgeberlandschaft in der Stadt ist. Weitere Informationen finden Sie im Internet unter www.krefeldkannwas.de.

Marburg: Fairer Stadtplan neu aufgelegt

Die Neuauflage des Stadtplanes „Fairkaufen, fairspeisen, fairkleiden in Marburg“ zeigt, wo es in mehr als 50 Geschäften der Universitätsstadt fair gehandelte Produkte gibt. Wer bietet einen Latte Macchiato, der mit fair gehandelten Kaffeebohnen zubereitet wird? Wo gibt es Hosen aus biologisch und fair produzierter Baumwolle? Nach dem Motto wer „fair“ sagt, muss auch „nachhaltig“ sagen, werden in der Broschüre aktuelle Marburger Nachhaltigkeitsprojekte verknüpft: Wer beim „Kaffee zum Mitnehmen“ nicht nur auf fair gehandelte Bohnen achtet, sondern diesen umweltfreundlich aus dem Marburger Klimaschutzbecher trinken möchte, findet eine Übersicht, welche Betriebe in Marburg Mehrwegbecher befüllen. Außerdem stellen sich in der Broschüre erstmals auch die Menschen vor, die den Stadtplan ins Leben gerufen haben: Die Steuerungsgruppe „Fairer Handel“ organisiert die Projekte im Rahmen der Kampagne „Fairtrade-Stadt Marburg“. Weitere Informationen unter www.marburg.de.

München: Innovationswettbewerb Smart Cities

Die Stadt München richtet 2018 im Themenfeld Smart Cities einen Innovationswettbewerb aus. Aufgerufen sind Akteure aus der Start-Up-Community, um zusammen mit der städtischen Verwaltung und der UnternehmerTUM – dem Zentrum für Innovation und Gründung an der Technischen Universität München – tragfähige Lösungen für kommunale Fragen zu erarbeiten. Ziel des Wettbewerbes, der im vergangenen Jahr vom Stadtrat beschlossen wurde, ist die Öffnung der Stadtverwaltung für innovative Ansätze und Lösungskonzepte zu bestehenden Aufgabenstellungen. Die Themen 2018 sind eine Augmented Reality-Darstellung zur Visualisierung von zukünftiger Bebauung, Crowd Awareness in einem Projekt zur Erfassung der Auslastung der Münchner U-Bahn sowie die Weiterentwicklung des Bauzentrums München zum Klimakompetenzzentrum. Das Lösungskonzept mit dem größten Umsetzungs- und Realisierungspotenzial wird mit dem Innovationspreis ausgezeichnet. Der Preisträger erhält die Möglichkeit, das eingereichte Lösungskonzept im Rahmen eines städtischen Testfeldes umzusetzen, weiterzuentwickeln und im Praxiseinsatz zu erproben. Bewerbungsschluss für die Einreichung der Lösungskonzepte ist der 6. Mai 2018. Weitere Informationen unter www.muenchen.de.

Dresden: neuer Stadtteilkatalog als Nachschlagewerk erschienen

Der „Stadtteilkatalog“ für Dresden enthält zu jedem Stadtteil ein breites Spektrum an Daten zur Bevölkerungs- und Sozialstruktur, zur Bautätigkeit und zum Wohnungsbestand, zur Infrastruktur, zur Wirtschaft und zum Wahlverhalten. Zum Beispiel: Striesen-Ost ist der kinderreichste Stadtteil. Gemessen an der Wohndauer fühlen sich die Einwohner in Hellerau/Wilschdorf am wohlsten. In der Wilsdruffer Vorstadt/Seevorstadt West wurden 2016 so viele Wohnungen fertig gestellt wie in keinem anderen Stadtteil. Die meisten Kinder- und Jugendeinrichtungen gibt es in der Äußeren Neustadt, in Pieschen-Süd sowie in Prohlis. Der „Stadtteilkatalog“ wurde jetzt mit Daten von 2016 fortgeschrieben. Vergleichen lassen sich diese Informationen mit den Angaben zu Dresden insgesamt und zu den Ortsämtern.

Sowohl als Broschüre im pdf-Format als auch in Form einer interaktiven Anwendung können die Informationen zu den Stadtteilen eingesehen werden. Hier stehen auch Zeitreihen für verschiedene Kennzahlen zur Verfügung, die Auskunft über die unterschiedliche Entwicklung der einzelnen Stadtteile liefern. Weitere Informationen dazu finden Sie im Internet unter www.dresden.de.

„Städtetag aktuell“ per E-Mail

Die Publikation „Städtetag aktuell“ kann als PDF-Datei per E-Mail bezogen werden. Interessenten können sich im Internetangebot des Deutschen Städtetages unter www.staedtetag.de in der Rubrik Publikationen registrieren. Alternativ können Sie das Heft auch anfordern unter presse-info@staedtetag.de.

Neuer Leitfaden der EU zur Hilfe bei öffentlichen Ausschreibungsverfahren

Um nationale, regionale und lokale Verwaltungen bei öffentlichen Vergabeverfahren für EU-finanzierte Projekte besser zu unterstützen, hat die Kommission einen neuen Leitfaden veröffentlicht. Der Leitfaden enthält Tipps zur Vermeidung von Fehlern, nützliche Links und Vorlagen. Es wird außerdem erläutert, wie die Möglichkeiten der überarbeiteten Vergaberichtlinien von 2014 optimal genutzt werden können. So sollen weniger Bürokratie und mehr Online-Verfahren helfen, auch Kleinunternehmen die Teilnahme an öffentlichen Ausschreibungen zu erleichtern. Der Leitfaden wird in Kürze in allen Amtssprachen verfügbar sein. Derzeit liegt er in Englisch vor. Weitere Informationen unter <http://ec.europa.eu>.

Konsultation zu Aktionsplänen der Urbanen Partnerschaften

Die Partnerschaften der Urbanen Agenda für die EU zu den Themen „Urbane Mobilität“, „Digitale Wende“ und „Kreislaufwirtschaft“ stellen ihre erarbeiteten Aktionspläne zur öffentlichen Konsultation. Insgesamt zwölf Partnerschaften wurden zu spezifischen kommunalrelevanten Themen unter dem Schirm der Urbanen Agenda für die EU für drei Jahre eingerichtet. Sie setzen sich aus Städten, EU-Mitgliedstaaten und Verbänden zusammen. Im Sommer 2017 hatten die zuerst eingerichteten Partnerschaften zur „Integration von Migranten und Flüchtlingen“, zu „Städtischer Armut“ sowie „Wohnungsbau“ bereits zur Konsultation ihrer Aktionspläne gebeten. Die Partnerschaft „Urbane Mobilität“, die von der Stadt Karlsruhe mit Tschechien koordiniert wird und an der ebenfalls die Stadt Bielefeld beteiligt ist, hat im ersten Projektjahr 2017 Maßnahmen im Bereich der städtischen Mobilität erarbeitet. Der erste Entwurf des Aktions- und Maßnahmenplans wurde nun zur öffentlichen Konsultation gestellt unter <https://ec.europa.eu/futurium/en/urban-mobility/aktionsplan-der-themenpartnerschaft-staedtische-mobilitat-public-feedback-deutscher>.

Präventionsforum 2017: Dokumentation erschienen

Die ausführliche Dokumentation des zweiten Präventionsforums vom Oktober 2017 ist online. Das Forum ging schwerpunktmäßig der Frage nach, wie kommunale Prävention und Gesundheitsförderung gestärkt werden können. Übergeordnetes Ziel der Veranstaltung war es, die Bundesrahmenempfehlungen der Nationalen Präventionskonferenz umzusetzen und konkrete Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Das Präventionsforum findet einmal jährlich zu wechselnden Schwerpunktthemen statt und wird von der Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung im Auftrag der Träger der Nationalen Präventionskonferenz und des Verbands der Privaten Krankenversicherung durchgeführt.

Die Publikation ist als PDF-Dokument abrufbar unter www.praeventionsforum.org.

Noch bewerben: Wettbewerb der EU-Kommission zu fairem Handel

Zum ersten Mal vergibt die EU-Kommission die Auszeichnung „EU-Stadt für fairen und ethischen Handel“. Interessierte Städte können sich noch bis zum 13. April bewerben. Mit der Auszeichnung sollen EU-Kommunen prämiert werden, die einen besonderen Beitrag zur Herausbildung eines nachhaltigen Verbraucherverhaltens leisten und somit das Verantwortungsbewusstsein europäischer Konsumentinnen und Konsumenten stärken.

Kommunen mit mehr als 20.000 Einwohnern, die sich für einen fairen und ethischen Handel mit Drittländern einsetzen, können sich bewerben. Die Bewerbungsunterlagen liegen nur in englischer Sprache vor.

Die Bewerbung kann auch auf Deutsch eingereicht werden. Weitere Informationen unter finden Sie unter www.staedtetag.de.



© Andreas Crasser
Bundesweiter Wettbewerb „Kommune bewegt Welt“

SERVICESTELLE 
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

EINE WELT BEGINNT VOR ORT

Die **Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)** steht Kommunen in Deutschland als Partner in allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik zur Seite. Dabei beraten, informieren und fördern wir sie in unseren Zukunftsthemen

-  **Fairer Handel und Faire Beschaffung**
-  **Global Nachhaltige Kommune**
-  **Kommunale Partnerschaften und internationale Kommunalbeziehungen**
-  **Migration und Entwicklung**



Die **Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)** ist Teil von ENGAGEMENT GLOBAL und arbeitet im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.
ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH | Service für Entwicklungsinitiativen | Tulpenfeld 7 | 53113 Bonn
www.engagement-global.de

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt: www.service-eine-welt.de | info@service-eine-welt.de

Im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Neuwahl



Frankfurt (Oder): Zum neuen Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt (Oder) ist **René Wilke** (Die Linke) gewählt worden. Er tritt sein Amt im Mai 2018 an und ist derzeit Landtagsabgeordneter in Brandenburg. Er folgt auf Oberbürgermeister Dr. Martin Wilke (parteilos), der seit 2010 an der

Stadtspitze steht. Er engagiert sich seit 2011 im Präsidium und Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Neuenhagen bei Berlin: Zum neuen Bürgermeister der Stadt Neuenhagen bei Berlin ist **Ansgar Scharnke** (Die Parteilosen) gewählt worden. Er tritt sein Amt im Mai 2018 an. Der bisherige Amtsinhaber Bürgermeister Jürgen Henze (parteilos) stellte sich nach 16 Jahren an der

Stadtspitze nicht erneut zur Wahl.

Wiederwahl



Frankfurt am Main: Peter Feldmann, Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt am Main, wurde in seinem Amt bestätigt. Der Sozialdemokrat führt seit 2012 die Geschicke der Stadt und wurde 2013 ins Präsidium des Deutschen Städtetages gewählt.

Geburtstage



Der Oberbürgermeister der Stadt Herne, **Frank Dudda**, feiert am 15. Mai seinen 55. Geburtstag. Der Sozialdemokrat steht seit 2015 an der Spitze der Stadt.



Peter Kuras (FDP), Oberbürgermeister der Stadt Dessau-Roßlau, wird am 8. Mai 60 Jahre alt. Er hat sein Amt seit 2014 inne. Kuras engagiert sich seit 2014 im Hauptausschuss des Deutschen Städtetages.



Der Oberbürgermeister der Stadt Lörrach, **Jörg Lutz** (parteilos), feiert am 10. Mai seinen 55. Geburtstag. Lutz wurde 2014 zum Oberbürgermeister der Stadt Lörrach im Dreiländereck gewählt.



Dieter Reiter, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt München, wird am 19. Mai 60 Jahre alt. Der Sozialdemokrat steht seit 2014 an der Stadtspitze und wurde 2016 ins Präsidium des Deutschen Städtetages gewählt.

Fotos: privat; Erin Scharnke; Frank Widmann; Stefan Kuhn; Pressestelle Dessau-Roßlau; Juri Junkow; Michael Nagy, Presse- und Informationsamt München.

Wir fördern das Gute in NRW.



Sportanlage Nordwalde, umgesetzt mit der individuellen Beratung der NRW.BANK.

Wenn es darum geht, ein komplexes Projekt zum Leben zu erwecken, ist gute Teamarbeit Gold wert. Die NRW.BANK ist Partner rund um alle kommunalen Fragestellungen. Im Sinne einer fachlich versierten Unterstützung beraten unsere Spezialisten unabhängig, individuell und kostenlos. Sprechen auch Sie mit uns über Ihre kommunalen Herausforderungen.

0211 91741-4600

www.nrwbank.de/teamarbeit

Bildung

Jahrestagung der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Sportämter

25. bis 27. April 2018 in Münster

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Stadtentwicklung

Tag der Städtebauförderung 2018

Initiative von Bund, Ländern, Deutschem Städtetag und
Deutschem Städte- und Gemeindebund
5. Mai 2018 bundesweit

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Straßen und Plätze neu entdecken – Verkehrswende gemeinsam gestalten Kommunal mobil 2018

Fachtagung des Umweltbundesamtes und des Deutschen Instituts
für Urbanistik unter Mitwirkung des Deutschen Städtetages
7. bis 8. Juni 2018 in Dessau-Roßlau

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Umwelt

LärmKongress 2018

Kongress des Ministeriums für Verkehr Baden-Württemberg
7. bis 8. Juni 2018 in Stuttgart

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

Verwaltung

5. Kommunalen IT-Sicherheitskongress

Umsetzung der Leitlinie für Informationssicherheit des IT-Planungsrats
in Kommunalverwaltungen
Kongress der kommunalen Spitzenverbände
23. bis 24. April 2018 in Berlin

Weitere Informationen unter www.staedtetag.de

ISSN: 2193-5491

Berlin/Köln, April 2018

Herausgeber: Deutscher Städtetag

Hausvogteiplatz 1, 10117 Berlin, Telefon: 030/377 11-0

Gereonstraße 18–32, 50670 Köln, Telefon: 0221/377 1-0

E-Mail: post@staedtetag.de, Internet: www.staedtetag.de, [@staedtetag](https://twitter.com/staedtetag)

Geschäftsführendes Präsidialmitglied Helmut Dedy

Verantwortlich: Volker Bästlein, Leiter Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Redaktion: Daniela Schönwälder

Gestaltung: Elke Postler Druck: Media Cologne GmbH, Hürth

Anzeigen: Christiane Diederichs, Medeya Kommunikation, Bad Honnef,

Telefon: 02224/1874-510, Fax: 02224/1874-495, E-Mail: diederichs@medeya.de